

Archiv

Vorstandes der Sozialdemokratischen
SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

10. AUG. 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/150

Bonn, den 9. August 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
<hr/>		
1	<u>Rückfall</u>	32
	Der CDU sitzt die Furcht im Nacken	
2	<u>D O R T M U N D</u>	34
	Stadt vergißt Alte nicht - Gemeinschaft zahlt Urlaub	
3	<u>Ein drei Milliarden DM Projekt in Norddeutschland</u>	45
	Schwerpunkt-Wasserstraßenbau	
4 - 5	<u>Maschinengewehre statt Schuhe</u>	100
	Fidel Castros afrikanische Abenteuer Von Helmut F. Bärwald	
6	<u>Wiedervereinigung</u>	45
	Auszüge aus dem Buch "Brandt-Reden"	

*****ZUR BEACHTUNG*****

Der SPD-Pressedienst veröffentlicht in seiner Ausgabe vom
D i e n s t a g, dem 10. August 1965 ein Interview mit dem
Mitglied der sozialdemokratischen Regierungsmannschaft

Waldemar von K r o e r i n g e n,

in dem das Verhältnis der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands zur Katholischen Kirche behandelt wird.

Katholische Kirche und SPD - Wandlungen auf beider Seiten

Rückfall

Der CDU sitzt die Furcht im Nacken

sp - Wenn die Bundesbürger am 19. September darüber entscheiden sollen, wer am besten schimpfen kann, würden sie sicher den ersten Preis der CDU geben. Was sich am vergangenen Sonntag in Dortmund abspielte, war ein Rückfall in jene Zeiten, in denen man in Deutschland unter "Tollitix" ein Höchstmaß von Verächtlichmachung des politischen Gegners verstand. Sogar die alte Speisekarte von 1957 mit dem verrentlichen Untergang Deutschlands wurde noch einmal bejubelt. Die CDU muß schon sehr alt geworden sein, wenn ihre Anhänger nach acht Jahren immer noch denselben Redensarten Beifall spenden, wie denen im Jahre 1957.

Trotzdem: Es entbehrt nicht eines gewissen Reizes, wenn man Männer wie Erhard, Aderauer, Dufhues, Gerstenmeier, Barzel und von Hassel beobachten kann und dabei feststellen darf, daß sie sich im Auftakt eines Wahlkampfes in erster Linie schimpfend betätigen, anstatt sachlich darzustellen, was sie zur Lösung der wichtigsten Probleme in Deutschland tatsächlich zu tun gedenken.

Hinter den Kulissen der Dortmunder CDU-Veranstaltung wurde wichtigste behauptet, es handele sich hierbei um den "Auftritt zum Wahlkampf". Wer nichts anderes als einen s o l c h e n "Auftritt" zu bieten hat, den muß wohl die Furcht vor dem Wahlausgang sehr bedrücken. Eine andere Erklärung gibt es hierfür nicht.

- * Die CDU weiß, daß sie diesmal mit der SPD in einen Kopf-
- * an-Kopf-Rennen liegt. Sie weiß, daß es ihr trotz lang-
- * jähriger Regierungszeit und trotz einer bewunderungs-
- * würdigen Arbeitsleistung unseres g a r z o n Volkes
- * nicht gelungen ist, das Haus, in dem wir alle wohnen,
- * in Ordnung zu halten. Es gab einen Kanzlerwechsel, Re-
- * gierungskrisen und viele Regierungserklärungen... aber
- * die wichtigsten Gemeinschaftsaufgaben blieben unge-
- * löst.

Deshalb geht es der CDU heute so, wie jenen Mann, der abends durch einen dunklen Wald gehen muß. Um der ihn beschleichenden und bedrückenden Angstgefühle Herr zu werden, singt er laut und kräftig und schlägt mit einem dicken Knüttel um sich.

Dabei kommt er sich zutiefst vor.

Kur - er merkt garnicht, daß lautes Singen und kräftiges Umsichschlagen noch lange kein Ersatz für wirklichen Mut ist.

D O R T M U N D

Stadt vergißt Alte nicht - Gemeinschaft zahlt Urlaub

sp - Diesmal soll nicht von irgendwelchen Kundgebungen, auch nicht vom Deutschlandtreffen der SPD am kommenden Samstag, die Rede sein. Vielmehr davon, was eine von Sozialdemokraten regierte Stadt leistet. Die Dankbarkeit der Gemeinschaft für altgewordene Menschen ist, wenigstens in Dortmund mit seinem sozialdemokratischen OB Iutz K e u n i n g, keine bloße Festreden-Flöskel.

Seit 1959 ermöglicht die Stadt älteren Menschen einen Sommerurlaub, den sie sich sonst nicht hätten leisten können. Dabei kommt es der Stadt nicht nur darauf an, der Gesundheit der Alten einen Dienst zu tun. Der ergibt sich nebenbei - aus dem guten Gefühl, daß die nachwachsenden Generationen die Alten nicht vergessen haben.

In den letzten sechs Jahren haben im Harz, in Westfalen, im Sauerland über 2600 ältere Dortmunder drei Wochen Erholung gesucht und gefunden. Die Stadt hat dafür etwa 380 000 DM aufgewendet, zu denen noch Zuschüsse vom Land und Landschaftsverband kommen.

In diesem Jahr fahren die Busse zum siebten Male an Orte, an denen Deutschland schön ist. In Kurheimen der Arbeiterwohlfahrt, sowie der Inneren Mission und in privaten Pensionen in vielbesuchten Kur- und Urlaubsorten wechseln die alten Dortmunder die Tapesen, genießen die Ferne vom Alltag. In diesem Sommer verschaffen Stadt und Steuerzahler 760 älteren Bürgern die Gewißheit, dazugehören, zu tun, was sie sich vorher vielleicht gar nicht haben leisten können.

Die Verwaltung grenzt den Kreis der Alten-Erholung nach Alter und Einkommen ein. Ehepaare dürfen nicht über 539 DM Einkommen, Alleinstehende nicht mehr als 268 DM haben in beiden Fällen zuzüglich der Miete. Nur ausnahmsweise können Dortmunder mitfahren, die das 60. Lebensjahr überschritten haben. Für gewöhnlich bleiben die Alten-Erholungen 65jährigen und noch Älteren vorbehalten. Auch soll ihnen die Reise keine Last bedeuten. Unter diesen Bedingungen brauchen die Teilnehmer keine Zuschüsse zu den Kosten zu zahlen.

Ein drei Milliarden DM Projekt

Schwerpunkt Wasserstraßenbau

sk. - Die fünf Bundesländer Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen haben ihre wichtigen Verkehrsvorhaben mit dem Schwerpunkt des Wasserstraßenbaus energisch angepackt. So wie jetzt die Prioritäten und Finanzierungen abrollen sollen, können sie als Vorbild angesehen werden. Der Föderalismus in der Bundesrepublik hat hier ein gutes Beispiel seiner Lebensfähigkeit gegeben.

Im Juli hat der sozialdemokratische Regierungschef Niedersachsens, Dr. Diederichs, das Abkommen über den Bau des Nord-Süd-Kanals ratifiziert. Jetzt sind die Weichen auf Grün gestellt. In den nächsten acht Jahren wird für etwa 765 Millionen DM im östlichen Niedersachsen eine Wasserstraße von der Elbe bei Lauenburg über Lüneburg und Uelzen bis in das Salzgitterrevier bei Fallersleben gebaut. Der Kanal wird ergänzt durch eine zweigleisige Eisenbahnstrecke, die parallel zur Zonengrenze verläuft und in Hamburg endet. Sie wird 110 Millionen DM kosten.

Mit diesen beiden Projekten soll die Wirtschaft im Zonengrenzraum einen kräftigen Impuls erhalten. Dies liegt auch im gesamtdeutschen Interesse, denn durch den Nord-Süd-Kanal wird eine schnellere und bessere Verbindung unter Einbeziehung des Mittellandkanals zur sowjetischen Besatzungszone geschaffen.

Mit diesen beiden Projekten wird der Ausbau des Mittellandkanals selbst verknüpft. 1,75 Milliarden DM sollen für dieses vorrangige Projekt ausgegeben werden. Mit weiteren 235 Millionen DM ist daran gedacht, den Dortmund-Ems-Kanal zu erneuern, um nun das ganze norddeutsche Wasserstraßennetz auf den neuesten Stand zu bringen. Schleswig-Holstein wird sich noch bemühen müssen, den Elbe-Lübeck-Kanal auszubauen, damit der größte deutsche Ostseehafen Lübeck einen direkten Anschluß für die neuen großen Binnenwasserschiffstypen über den Nord-Süd-Kanal an den Mittellandkanal bekommt.

Für die allermeisten dieser Projekte soll der Bund zwei Drittel und die Gemeinschaft der beteiligten Länder ein Drittel aufbringen, obgleich der Bau von Bundeswasserstraßen an sich Sache des Bundes ist. Dabei haben Hamburg und Nordrhein-Westfalen ein großes Entgegenkommen gezeigt. Hamburg wird den auf die Länder entfallenden Anteil für den Nord-Süd-Kanal allein aufbringen. In den Ausbau des Mittellandkanals wird sich Nordrhein-Westfalen mit einem Löwenanteil einschalten. Auf diese Weise helfen Hamburg und Nordrhein-Westfalen dem Land Niedersachsen, mit den Projekten fertig zu werden.

Die ganzen Kanalbauprojekte werden unter der Dachgesellschaft "Elbe-Mittelland-Kanal GmbH" abgewickelt. Dadurch wird sichergestellt, daß die einzelnen Projekte in reibungsloser Reihenfolge in Angriff genommen werden. Man will eine Überhitzung der Baukonjunktur vermeiden und die durchlaufende Finanzierung der ganzen gewaltigen Projekte für die nächsten zwanzig Jahre sicherstellen. Im ganzen werden annähernd drei Milliarden DM zu investieren sein.

Maschinengewehre statt Schuhe.

Fidel Castro's afrikanische Abenteuer

Von Helmut F. Bärwald

Vor einigen Tagen ging in den Spalten der großen Zeitungen eine kleine Meldung aus Leopoldville unter. Mit wenigen Worten stand darin geschrieben, daß in der Kongorepublik zwei Kubaner, die auf Seiten der kongolesischen Rebellen gekämpft hatten, in einem Gefecht von Regierungstruppen erschossen wurden. Das im großen Weltgeschehen zunächst bedeutungslos erscheinende Detail kann sein eigenes Gewicht bekommen, wenn es den Blick hinter die Kulissen freigibt und Vermutungen, Einschätzungen und Erkenntnisse abrundet und bestätigt.

Gebete für Guerillas

Die beiden getöteten Kubaner fungierten bei den kongolesischen Rebellen als Trainer für den kommunistischen Guerillakampf, wie er heute an vielen Punkten der Welt, vor allem in Lateinamerika, Asien und Afrika geführt wird. Die bei den Toten gefundenen Dokumente und Briefe bezeugen: Fidel Castro schickt seine Partisanen nicht nur "vor seine Haustür" in die Länder Lateinamerikas, sondern treibt seine Wühlarbeit auch auf dem afrikanischen Kontinent. Einer der getöteten Castro-Agenten hat ein minutiös geführtes Tagebuch hinterlassen, in dem für die Zeit vom 22. April bis 8. Mai 1965 die genaue Reiseroute des von der Zuckerinsel im Karibischen Meer nach Afrika entsandten Guerilla-Trainers aufgezeichnet ist: Havanna - Moskau - Prag - Mailand - Dar-es-Salam. Von dem der Kongorepublik benachbarten Staat Tansania wurde der kubanische Agent nach einigen Tagen Aufenthalt am 8. Mai über die Grenze geschleust und einer Kongolesischen Rebellenorganisation zugeteilt. Allerdings lassen die bei den toten Kubanern gefundenen Briefe erkennen, daß sie über ihren Auftrag wenig erfreut waren und offensichtlich mehr unter Zwang als nach freien Entschlüssen handelten. Sie wurden Opfer Castro'schen Machtstrebens. Vor diesem bitteren Ende konnte sie auch ein vorvielfältigstes Gebet an die Heilige Barbara nicht bewahren, daß sie in ihren Taschen trugen. Kommunistische Guerillas kämpfen eben nicht dadurch für eine bessere Sache und werden nicht dadurch gefeit, daß sie - welche Schizophrenie! - den Segen von Heiligen erflehen.

Castro's afrikanisches Abenteuer

Castro's Falschspiel in Afrika begann bereits im Jahre 1961, als afrikanische Rebellen von kubanischen Guerillakampf-Spezialisten ausgebildet wurden. Im November 1962 wurde in Havanna ein Zentrum für afrikanische Studenten errichtet und im Oktober 1963 schickte Castro Waffen, Munition und Männer nach Algerien, das zu dieser Zeit in einem blutigen Grenzstreit mit Marokko lag. Seitdem wurden bereits mehr als 1.000 Afrikaner in Kuba in allen Sparten des Partisanenkampfes ausgebildet und eine unbekannte Zahl kubanischer Spezialisten wurde in afrikanische Länder geschickt, um als Berater und Ausbilder in (meist kommunistisch gelenkten oder beeinflussten) sogenannten "Nationalen Befreiungsbewegungen" zu fungieren. Radio Havanna sendet wöchentlich allein 26 Stunden für Afrika bestimmte Beiträge in Arabisch, Französisch und Spanisch, die durch besonders bössartige Verleumdungen der USA und der nordamerikanischen Politik auffallen. Afrikanischer Umschlagplatz für die von der Zuckerinsel kommende kommunistische Propaganda ist offensichtlich Algerien, wo auch die kubanische Nachrichtenagentur "Prensa Latina" ihr Büro unterhält. Die o f f e n erkennbare Aktivität der kubanischen Kommunisten auf dem afrikanischen Kontinent zeigt sich auch in der Unterhaltung kuba-

nischer Botschaften in acht afrikanischen Staaten, wogegen nur vier afrikanische Länder diplomatisch in Havanna vertreten sind.

Ein "entscheidendes Problem"

Prominentester reisender "Botschafter" Castros in Afrika war der kubanische Industrieminister und bekannte Guerillakampf-Spezialist Ernesto "Che" Guevara, der drei Monate lang durch Algerien, die Vereinigte Arabische Republik, Guinea, Ghana, Mali, Dahomey und Brazzaville-Kongo fuhr und in dessen Kofferchen sich detaillierte politische und technische Pläne für die Durchführung kommunistischer Untergrundarbeit - getarnt als "antikolonialistische, anti-imperialistische" "nationale Befreiungsbewegungen" - befanden. Gerade in den letzten Tagen brachte das Zentralorgan der SED, "Neues Deutschland" einen langen Rückblick auf das "historische Referat" von Georgi Dimitroff vor dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale im August 1935. Das "Neue Deutschland" schreibt in diesem Zusammenhang:

* "Das Problem der nationalen Befreiungsbewegung wurde von ihm (Dimitroff) zu einem entscheidenden Problem von Weltgeltung erklärt."

30 Jahre nach dieser Erklärung versucht Fidel Castro, sich in Lateinamerika und Afrika als gelehriger Schüler zu erweisen und das von der Kommunistischen Internationale 1935 aufgezeigte "Problem von Weltgeltung" auf seine Art zu lösen.

Politischer Teilerfolg

Castro's offen erkennbare politische Aktivität und verdeckter Kampf auf dem afrikanischen Kontinent blieben immerhin nicht ganz erfolglos. Auf dem von 70 Ländern beschickten Treffen der "Afro-Asian People's Solidarity Organization" - AAPSO - (Organisation für die Solidarität der Afro-Asiatischen Völker) im Mai 1965 in Ghana war Kuba als einziges nicht afrikanisch-asiatisches Land offiziell vertreten. Auf dieser Konferenz wurde auch der Vorschlag Kubas angenommen, im Januar nächsten Jahres ein AAPSO-Treffen von Vertretern aus drei Kontinenten in Havanna abzuhalten.

Fragt man nach den Beweggründen, die den kubanischen Diktator veranlassen, dunkle Schleichwege der Infiltration, Subversion und des Guerillakampfes nicht nur in Lateinamerika anzulegen, sondern auch auf dem afrikanischen Kontinent nach Betätigungsfeldern seiner abenteuerlichen, gefährlichen Politik zu suchen, dann stößt man immer wieder auf den von Kennern Kubas und des Mannes Castro bestätigten Größenwahn des Beherrschers der Zuckerinsel. Fidel Castro greift nach den Sternen der kommunistischen Weltrevolution; er will nicht nur bei der Realisierung kommunistischer Welteroberungspläne mitwirken, sondern auch einen erheblichen Anteil der erhofften Beute einheimen.

Waffen für die Partisanen - Ruin für die Wirtschaft

Die nach einer gleichbleibenden Strategie geführten taktischen offenen und verdeckten Einsätze in Lateinamerika belasten das kubanische Volk nicht nur finanziell, sie untergraben auch die Wirtschaft des Landes und entziehen den Menschen die notwendigsten Nahrungsmittel und Konsumgüter. So läßt Castro zum Beispiel Vieh nach Spanien liefern - das sich unverständlicherweise auf diesen Handeleinläßt - um für den Erlös anderswo die Maschinengewehre zu kaufen, mit denen kommunistische Guerillas in Afrika bewaffnet werden. Vor sieben Jahren versprach Castro den Bewohnern der Zuckerinsel eine glückliche Zukunft. Heute stellt sich für das kubanische Volk die Frage, wie sich die Waffenlieferung nach Afrika mit dem wachsenden Mangel an Butter, Schuhen und anderen notwendigsten Gütern im eigenen Lande vereinbaren lassen. Castro wird darauf keine oder allenfalls eine schlechte Antwort finden.

Wiedervereinigung

Auszüge aus dem Buch "Brandt-Reden"

"Die deutsche Frage ist nicht der Schlüssel zum Verständnis des weltweiten Ost-West-Konfliktes. Aber wir können sie wohl als eine Art Prüfstand betrachten, auf dem die Fähigkeit und die Bereitschaft der Großmächte erprobt werden, schwierige internationale Probleme im Zeichen der Vernunft und einer akzeptablen Koexistenz-Vorstellung zu lösen. Die deutsche Frage ist nicht die Ursache für alle in der Welt existierenden Spannungen. Sie trägt aber zu diesen Spannungen bei und ist eine ihrer regionalen - für die Betroffenen besonders schmerzlichen - Konsequenzen.

Sowohl der Osten wie der Westen können höchstens zeitweilig an einem Einfrieren der Deutschlandfrage interessiert sein. Es soll in oder wegen Deutschland keinen Krieg geben. Es wird sich aber als Illusion erweisen, zu glauben, daß der gegenwärtige unnatürliche Zustand verewigt werden kann."

Harvard University, Oktober 1962

"Die deutsche Politik muß selbstverständlich daran interessiert sein, daß die deutsche Frage auf der Tagesordnung der internationalen Politik bleibt. Unsere herzliche Bitte an die verbündeten Westmächte muß immer wieder die sein: den anderen Faktor, den östlichen, den sowjetischen Faktor, nie glauben zu lassen, man hätte sich mit dem bestehenden Zustand abgefunden. Insofern unterstützen meine Freunde und ich das Bestreben, die verbündeten Westmächte immer wieder dazu zu bewegen, in geeigneter Form auch mit dem vierten Partner - was die Deutschlandregelung angeht mit der Sowjetunion - über die Lösung deutscher Fragen oder dann auch der deutschen Frage zu sprechen.

Wenn die Frage nun lautet, worüber sollen sie sprechen, worüber sollen sie mit der Sowjetunion oder auch in anderen internationalen Zusammenhängen sprechen, so lautet die Antwort folgendermaßen: Erstens darüber, daß ihrer - der Westmächte Meinung nach - das Ungelöstsein der deutschen Frage nicht dienlich ist. Und daß, wenn die Mächte in Ost und West über die Sicherung des Friedens miteinander verhandeln, wie sie es tun und noch stärker tun werden, sie nicht gut beraten sind, dabei am deutschen Problem vorbeigehen zu wollen.

Zweitens jedoch werden die Westmächte untereinander und mit der deutschen Regierung darüber sprechen müssen, wie in einer sich wandelnden Welt das deutsche Problem in die Problematik der Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung einbezogen werden kann, oder wenn man so will, überhaupt in die Problematik der europäischen und internationalen Sicherheitspolitik.

Und hier kommt nun drittens die besondere Aufgabe einer deutschen Regierung, der deutschen Regierung, den Westmächten dabei zu helfen, aus der Erkenntnis heraus, daß man von anderen nie erwarten kann, daß sie sich um die Dinge, die einen selbst bewegen, mehr kümmern, als man es selbst tut."

Sendung "Die Woche in Bonn", WDR/NDR, 10. Januar 1965